

Medieninfo:

Bildungsminister Polaschek: Bundesregierung bringt Entlastungspaket für Lehrkräfte auf Schiene

Utl.: Umfassende Unterstützungsmaßnahmen für Lehrkräfte mit Lehrgewerkschaft erfolgreich verhandelt & nun beschlossen – u.a. Schaffung der neuen Funktion einer pädagogisch-administrativen Fachkraft an Pflichtschulen

Im Nationalrat wurde heute ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer beschlossen. Dieses Maßnahmenpaket enthält neben zahlreichen dienstrechtlichen Verbesserungen für Lehrkräfte auch die Einführung der neuen Funktion einer pädagogisch-administrativen Fachkraft im Pflichtschulbereich. Schulleitungen an Pflichtschulen erhalten damit – ähnlich wie an den Bundesschulen bisher – eine wichtige pädagogische-administrative Entlastung im Schulalltag. Eine halbe Stunde pro Klasse wird für die verwaltungsmäßige Unterstützung der Schulleitung bereitgestellt. Lehrerinnen und Lehrer werden dadurch auch besser im Arbeitsalltag außerhalb der Klasse unterstützt!

„Heute ist es endlich soweit. Wir konnten im Parlament das umfangreiche Entlastungspaket für Lehrerinnen und Lehrer beschließen. Die neue Dienstrechtsnovelle bringt endlich die von uns ausgearbeiteten Maßnahmen für mehr pädagogisch-administrative Fachkräfte in den Schulen, eine weitere Stärkung des Kinderschutzes und Entlastungen für Schule und Lehrkräfte. Insbesondere die Einführung von Administratoren als Unterstützung im Pflichtschulbereich bringt eine spürbare Entlastung am Schulstandort. Es freut mich, dass das mit der Lehrgewerkschaft verhandelte Entlastungspaket nun vollständig beschlossen und umgesetzt werden kann. Dafür haben wir lange und entschlossen gekämpft.“, freut sich Bildungsminister Martin Polaschek, für den die Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer von Beginn an ein Herzensanliegen war.

„Unser gemeinsames Ziel war es, dass sich Pädagoginnen und Pädagogen wieder stärker auf den Unterricht und ihre Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern konzentrieren können. Die Anstrengungen der letzten Monate haben sich somit bezahlt gemacht und viele unserer Forderungen werden durch ein starkes sozialpartnerschaftliches Miteinander nun endlich umgesetzt. In dem heute beschlossenen Paket gibt es für mich, neben zahlreichen anderen Entlastungsmaßnahmen für Österreichs Schulen, einen absoluten Meilenstein: Die Schaffung der neuen Funktion einer pädagogisch-administrativen Fachkraft, ähnlich wie an den Bundesschulen schon bisher, auch an allen Pflichtschulen in ganz Österreich. Damit können Lehrkräfte und Schulleitungen bei ihren komplexen pädagogisch-administrativen Aufgaben in der Schule zusätzlich unterstützt und entlastet werden“, meint Paul Kimberger, Vorsitzender der Gewerkschaft Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer mit Blick auf die halbe Stunde pro Klasse, die zukünftig für schulische Verwaltungstätigkeiten bereitgestellt wird.

Dienstrechtsnovelle für die Schulen im Überblick

Administrative Entlastung durch eine verwaltungsmäßige Unterstützung aller Pflichtschulen im Ausmaß von 0,5 Stunden pro Klasse

Verlängerung der Möglichkeiten zur Integrativem Berufsausbildung (IBA) und Maßnahmen Qualitätssicherung an Berufsschulen

Schaffung einer Quereinstiegsvariante für die Sonderpädagogik

Schaffung einer Quereinstiegsvariante für Musik in der Primarstufe

Verpflichtende Anrechnung von Vordienstzeiten an der PH aus einem unmittelbar vorangegangenen Landesdienstverhältnis

Verbesserung des Berechnungsschlüssels für die Ressourcenvergabe im Kleinstcluster (Pflichtschulen) und bei Bundesschulcluster

Vergütungsmöglichkeit für den organisatorischen Aufwand bei Deutschförderklassen

Schutzbestimmungen für Studierende im berufsbegleitenden Masterstudium

Verankerung einer Sicherheiterklärung im Dienstrecht für alle Neueintretenden

Verzicht auf die zweite Induktionswoche bei LA-Studierenden mit einem Studienfortschritt von mehr als 120 ECTS

Schaffung einer Quereinstiegsvariante für Religion

Ermöglichung von Aufgaben der wissenschaftlich-berufsfeldbezogenen Forschung auch für Institutsleitungen an der PH

Freizeitbetreuung auch für Vertragslehrpersonen an eingegliederten Praxisschulen

Beseitigung der bisherigen Stellvertretungs-Regelung für die Schulleitung für mehr Flexibilität

Gleichstellung von Dienstzulagen der Administratoren und bessere Einrechnung für Fachvorstände an humanberuflichen Schulen

Automatische Anrechnung von Vordienstzeiten beim Wechsel der Dienstverhältnisse von Land zu Bund oder Land zu Land